

**Bundesminister Dirk Niebel, MdB**

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Mehr Wirtschaft, mehr Entwicklung! Die Neuausrichtung  
der deutschen Entwicklungszusammenarbeit**

Liberales GesprächsForum Hamburg e.V. / Deutsche Bundesbank

**9. Mai 2011, 19.00 Uhr, Deutsche Bundesbank Hamburg**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Frau Sailer-Schuster,

sehr geehrte Frau Warburg,

sehr geehrter Herr Dr. Kluth,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin heute sehr gerne Ihrer Einladung zum Liberalen Gesprächsforum gefolgt.

Nicht nur, weil ich immer gern in meiner Vaterstadt Hamburg bin. Sondern vor allem, weil dieser Abend so gut zu dem passt, was wir uns mit unserer neuen Entwicklungszusammenarbeit vorgenommen haben.

Wir wollen Entwicklung wirksam fördern. Das kann der Staat nicht allein bewältigen.

Wir brauchen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. Das Engagement jedes Einzelnen!

Sehr geehrte Frau Warburg, Menschen wie Sie, die sich international engagieren und dabei Unternehmer, Kulturschaffende und Politiker zusammenbringen: Sie füllen internationale Zusammenarbeit für Entwicklung mit Leben.

Sehr geehrte Frau Sailer, Sie öffnen die Hauptverwaltung Hamburg der Bundesbank regelmäßig für Debatten über Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Genau darauf zielen auch wir mit der Neu-Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – durch mehr Wirtschaft, mehr Austausch mit der Gesellschaft wollen wir unsere Politik wirksamer gestalten.

Das Bundesentwicklungsministerium feiert in diesem Jahr ein Jubiläum: Vor fünfzig Jahren nahm das Ministerium unter dem ersten liberalen Bundesentwicklungsminister, Walter Scheel, seine Arbeit auf.

An die von Walter Scheel begründete Tradition knüpfe ich im heutigen Bundesentwicklungsministerium an. Unter ihm trug das Haus den eindeutigen Namen: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Auch ich verstehe mich nicht als Entwicklungshilfeminister, sondern als Entwicklungsminister.

Denn von Entwicklung profitieren beide Seiten:

Die Industrieländer wie auch die Entwicklungsländer.

Walter Scheel verfolgte eine Entwicklungspolitik, die von den Werten und Interessen Deutschlands geleitet war – ebenso, wie wir dies 2009 im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Das heißt: Wir arbeiten für das Recht jedes Menschen, sein Leben selbstbestimmt und frei von Not zu gestalten.

Die Menschenrechte sind unsere Leitlinien – und wenn die Menschen auf die Straße gehen, wie derzeit in Nordafrika und im Nahen Osten, um ihre Rechte einzufordern, wollen wir sie in ihrem Streben nach Freiheit unterstützen. Zugleich haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben: Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit sollen besser aufeinander aufbauen.

Das heißt: Mit unserer Entwicklungszusammenarbeit stellen wir auch deutsches Know How vor und fördern in wirtschaftlich wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländern neue Märkte für unsere guten Produkte. Diese doppelte Aufgabe kann der Staat jedoch nicht alleine bewältigen. Dazu brauchen wir die Kraft und Expertise der Unternehmen.

Wir, die staatlichen Akteure, müssen uns vor Augen halten: 2009 betrugen die offiziellen Entwicklungsgelder weltweit 120 Mrd. US-\$.

Die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen im selben Jahr beliefen sich auf knapp zehn Mal so viel, nämlich 1100 Mrd. US-\$. Die Hälfte davon floss in Entwicklungs- und Schwellenländer!

Deutsche Unternehmen im Ausland sind gerade auch in Entwicklungsländern bekannt dafür, dass sie Sozial- und Umweltstandards einhalten – oft erfüllen sie deutlich höhere Standards, als in diesen Ländern gesetzlich vorgesehen.

So werden deutsche Investitionen in Entwicklungsländern zum besten Hebel, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Menschen ein Einkommen zu bieten – raus aus der Armut.

Wir wollen die Unternehmen in diesen Investitionen unterstützen.

Dieses Projekt schafft eine Win-Win-Situation. Genau das wollen wir mit unserer neuen Entwicklungspolitik erreichen. Wir wollen viele Win-Win-Situationen mit der Wirtschaft schaffen. Daher werbe ich um das Engagement von Unternehmen in unseren Partnerländern. Denn in den Entwicklungs- und Schwellenländern entstehen die Märkte der Zukunft. Insbesondere Afrika sehe ich als den Chancenkontinent.

Rechnen Sie damit, dass die «afrikanischen Löwen» in naher Zukunft das Äquivalent der asiatischen Tiger werden. Eine aktuelle Studie der Unternehmensberatung McKinsey sagt einen wahren Afrika-Boom voraus und prognostiziert hohe Wachstumsraten und Renditen. Da gibt es ein Potential, dem bislang ein zurückhaltendes Engagement der deutschen Wirtschaft gegenüber steht.

Diese Chance sollte die deutsche Wirtschaft für sich nutzen.

Die Geschäftsaussichten sind gut – derzeit gibt es aber auch noch Investitionshemmnisse in vielen Ländern:

Mangelnde Rechtssicherheit, dürftige Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, ineffektive Verwaltungsstrukturen oder unzureichende Infrastruktur. Vor allem den Mittelstand schrecken solche Risiken ab. Unsere Arbeit trägt dazu bei, das Geschäfts- und Investitionsklima zu verbessern.

Wir helfen, die wirtschaftspolitischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern zu bessern. So ebnen wir den Weg für wirtschaftliches Engagement.

Der aktuelle Doing Business Report 2011 der Weltbank stellt fest:

Unter den zehn Staaten weltweit, die in den letzten fünf Jahren am meisten für bessere Wirtschaftsbedingungen getan haben, sind allein vier afrikanische Staaten: Ruanda, Burkina Faso, Mali und Ghana.

Auch das ist unsere Aufgabe als deutsche Entwicklungspolitik:

Hierzulande bekannt machen, was sich in unseren Partnerländern tut!

Wir werben aber nicht nur um Engagement – wir können die Unternehmen auch konkret unterstützen.

Im Laufe des letzten Jahres habe ich einige Serviceangebote für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft neu geschaffen oder ausgebaut. Zunächst haben wir im letzten Jahr eine Servicestelle für die Wirtschaft eingerichtet. An diese Stelle können sich Unternehmen mit ihren Fragen und Ideen wenden, wenn sie sich in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren möchten.

In die deutschen Wirtschaftsverbände entsenden wir zurzeit Verbindungsreferenten, sogenannte „Entwicklungs-Scouts“, die dort nach Projekten Ausschau halten, die Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit bei den Unternehmen vermarkten, neue Kooperationspartner suchen und für Investitionen in unseren Partnerländern werben.

Die Unterstützung von Direktinvestitionen mittelständischer Unternehmen in unseren Partnerländern über die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) bauen wir aus und verbessern die Fördermöglichkeiten durch gezielte Beratungsleistungen.

Schließlich fördert unser Programm [develoPPP.de](http://develoPPP.de) Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, von denen wir hier in Deutschland ebenso profitieren wie die Menschen in den Entwicklungsländern. Deshalb werde ich auch dieses Programm weiter stärken.

Unter Ihnen sind sicher auch zahlreiche Bankiers, die sich für Finanzierungsfragen interessieren:

Auch für die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit setzt unser Ministerium auf die Kooperation mit der Wirtschaft und mit Privaten. Denn allein aus Haushaltsmitteln lässt sich der Wohlstand der Bevölkerung nicht verbessern – weder in Deutschland noch in Entwicklungsländern.

Daher baut mein Haus Wege zur Beteiligung institutioneller und privater Investoren aus: Durch intelligenten Einsatz knapper Haushaltsmittel ermöglichen wir privaten Investoren, sich in Entwicklungsländern zu engagieren.

So binden wir Mittel der staatlichen KfW-Entwicklungsbank in die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben ein, die entwicklungspolitisch und finanziell eine marktnahe Finanzierung tragen können – die jedoch privaten Investoren zu riskant sind. Diese Mittel erhält die KfW am Kapitalmarkt.

So schaffen wir mit einem Euro Steuergeld im Schnitt etwa fünf Euro Entwicklungswirkung. Weiter setzen wir unser Geld als Risikopuffer für private Finanzinvestoren direkt ein.

Wenn Sie den G20-Prozess verfolgen, werden Sie vielleicht den großen Erfolg der deutschen Innovationskraft in der Entwicklungszusammenarbeit beim Seouler Gipfel bereits kennen: den Europäischen Fonds für Südost-Europa – kurz: EFSE.

Der EFSE finanziert kleinste, kleine und mittlere Unternehmen in Südost- und Ost-Europa – darunter in Ländern wie Moldau, Armenien und Kosovo, und das mit großem Erfolg. Sein Kapital erhält er von öffentlichen Gebern, öffentlich-rechtlichen Entwicklungsfinanzierern wie der KfW und institutionellen Anlegern.

Diese können je nach Risikoappetit eine von drei Risikoklassen zeichnen – generell halten die öffentlichen Geber die risikoreichste und die Anleger die risikoärmste Klasse.

Insgesamt hat der EFSE bereits knapp 760 Millionen Euro Kapital, davon rund zwei Drittel von privaten Anlegern. Für diese Leistung erhielt der EFSE 2010 den G-20 Small and Medium Enterprises Finance Challenge Award von US-Präsident Obama!

Jetzt möchte ich Sie noch auf die neueste Idee des BMZ neugierig machen: Den „Entwicklungsschatzbrief“!

Mit dem „Entwicklungsschatzbrief“ sollen Privatanleger eine Möglichkeit erhalten, sich als Chancengeber mit einer sicheren Geldanlage fair für die Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

Dazu wird die Bundesregierung 2012 – zunächst versuchsweise – eine unverzinsliche Anleihereihe mit Inflationsausgleich emittieren.

Dabei verzichtet der Anleger auf seinen Realzins, der zweckgebunden der Entwicklungszusammenarbeit zugute kommt. Zielgruppe sind daher die Menschen, die nicht spenden wollen, also ihr Geld wiederhaben wollen, aber nicht auf die Rendite schießen.

Ein weiteres entwicklungspolitisches Thema, das Sie hier in der Bundesbank besonders interessieren dürfte, ist die Finanzsystementwicklung in unseren Partnerländern in Asien, Afrika, Lateinamerika oder Südosteuropa.

Wir wollen den Zugang zu Finanzdienstleistungen für die bisher unzureichend versorgte Bevölkerung sukzessive und auf verantwortungsvolle Weise steigern.

Das Bundesentwicklungsministerium stellt hierfür im Durchschnitt jährlich € 145 Mio. an neuen Zusagen aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung.

Daneben stellt die KfW-Entwicklungsbank als weltweit größter Mikrofinanz-Investor derzeit ca. € 2,1 Mrd. aus eigenen Mitteln bereit.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist im Finanzsektor aktuell in über 70 Ländern mit über 200 Projekten und Programmen tätig. Damit ist Deutschland der weltweit größte bilaterale Geber im Bereich Finanzsystementwicklung, einschließlich Mikrofinanz.

Sie sehen, wir haben die deutsche Entwicklungspolitik neu ausgerichtet:  
Mehr Wirtschaft, um gemeinsame Chancen zu schaffen.

Denn schon Walter Scheel hat 1966 anschaulich beschrieben, wie sehr wir das private Engagement brauchen:

„Ausschließlich staatliche Entwicklungshilfe hüben und drüben, von der Planung bis zur Detailausführung, ohne Ergänzung durch privatwirtschaftliche Aktivität, bleibt so trocken und steril wie das dürftige Klima in einem staatlichen HO- Laden der Ostzone.“

Nun bin ich gespannt auf die Diskussion mit Ihnen.